

Mit Fotos gegen Rassismus

Hof – Respekt ist ein Grundpfeiler der Solidarität und Basis für ein faires Miteinander, Vertrauen und Solidarität am Arbeitsplatz, in der Familie und im Alltag. Mit der Aktion „Respekt – kein Platz für Rassismus“ will die IG Metall gerade in der Arbeitswelt zeigen, wie notwendig es ist, rassistischen Vorstellungen keinen Raum zu geben. Im Rahmen dieser Aktion findet in diesem Jahr ein Fotowettbewerb statt. „Angesichts verstärkter Aktivitäten von Neonazis gerade in unserer Region hat dieses



Volker Seidel

Thema leider traurige Aktualität erlangt“, erklärt der erste Bevollmächtigte der Gewerkschaft für Ostoberfranken, Volker Seidel. Das Eintreten gegen Rassismus und Diskriminierung solle nicht nur in Demonstrationen und Kundgebungen deutlich werden, sondern auch in alltäglichen Situationen. Deshalb solle in dem Wettbewerb gezeigt werden, wie Respekt am Arbeitsplatz, in der Familie, in der Freizeit oder im Alltag aussehe. Zu gewinnen sind Geldpreise und ein Jugendsonderpreis, die besten von der Jury ausgewählten Fotos werden in einer Wanderausstellung zu sehen sein. Zu dem Fotowettbewerb, der bis 10. Oktober 2012 läuft, sind alle Bürger ab 16 Jahren eingeladen. Weitere Informationen und das Teilnehmerformular gibt es im Internet unter igm-oof.de

BayWa-Geschäft blüht und gedeiht

München – Europas größter Agrarhändler BayWa rechnet nach einem überraschend guten Frühjahrgeschäft mit einem weiteren Umsatz- und Gewinnzuwachs in diesem Jahr. Die starke Geschäftsentwicklung des ersten Quartals habe sich im April und Mai fortgesetzt, sagte Vorstandschef Klaus Josef Lutz am Mittwoch auf der Hauptversammlung in München. Treiber seien die hohen Preise für Agrarerezeugnisse, das Wachstum im weltweiten Obst- und Baustoffhandel sowie die Nachfrage nach Wind- und Solaranlagen. Scharf ging Lutz mit der deutschen Energiepolitik ins Gericht. Seit dem Beschluss zur Energiewende vor über einem Jahr sei kaum etwas passiert. „Hier wird Zeit auf fast schon verantwortungslose Art vertan durch endlose Diskussionen und Wahlkampfe-



Die BayWa – hier ein Messeturm – rechnet mit weiterem Zuwachs bei Gewinn und Umsatz.

plänkel“, kritisierte Lutz. „Dann wird wie jüngst wieder wilder Aktionismus betrieben, und es werden Gesetze zur Kürzung der Einspeisevergütungen beschlossen, die der ganzen Solarindustrie schaden und dann noch nicht einmal den Bundesrat passieren.“ Die BayWa AG hat im ersten Quartal auch dank des neuen Geschäftsfeldes Regenerative Energien einen überraschend hohen Gewinn erzielt. „Die BayWa ist heute in Europa einer der größten, wenn nicht sogar der größte Projektierer in den strategischen Wachstumsmärkten Solar, Wind und auch Biogas“, sagte Lutz und nannte Anlagen von Großbritannien und Spanien bis Texas. In Gunzenhausen baue sie gerade den größten Windpark Bayerns. Von der Krise der Solarhersteller sei die BayWa nicht betroffen. Die BayWa AG gehört zu 60 Prozent Raiffeisen-Genossenschaften, die restlichen Aktien sind in Streubesitz.

Textilindustrie: Die hohen Energiekosten belasten viele Unternehmen

Rebellion im Fichtelgebirge

Die Textilveredlung Drechsel GmbH weigert sich, die EEG-Umlage zu zahlen. Das Selber Unternehmen beruft sich auf das Gutachten eines Staatsrechtlers und will mit Unterstützung des Branchenverbandes notfalls bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen.

Von Matthias Will

Selb – Es schwingt viel Frustration und Verdrossenheit mit, wenn Bernd Drechsel über die Energiewende spricht. Dabei sei er, darauf verweist Drechsel ausdrücklich, bestimmt kein Gegner des von der Bundesregierung beschlossenen Umbruchs in der Energieversorgung. Aber: „Eine derartige Neustrukturierung einer Industrienation braucht ein planvolles Handeln mit Sinn und Verstand. Das ist allerdings derzeit in der Politik nicht erkennbar“, klagt der Chef der Textilveredlung Drechsel GmbH. Seinem Unternehmen, das 2011 einen Umsatz von 12,3 Millionen Euro erwirtschaftete, machen die gestiegenen Energiekosten schwer zu schaffen. Knapp 1,2 Millionen Euro musste es nach Angaben von Drechsel im vergangenen Jahr aufwenden. Rund 120.000 Euro entfielen allein auf die Abgabe nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Dieses regelt die bevorzugte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen ins Netz und garantiert den Erzeugern feste Einspeisevergütungen.

„Energieintensive Unternehmen wie wir haben überhaupt keine Planungssicherheit mehr.“

Bernd Drechsel, geschäftsführender Gesellschafter der Drechsel Textilveredlung GmbH

Für Bernd Drechsel ist ein Ende dieser Kostenentwicklung nicht absehbar. Im Gegenteil. Er verweist auf Prognosen, wonach sich die EEG-Umlage im nächsten Jahr von derzeit rund 3,6 auf 4,74 Cent pro Kilowattstunde erhöht. „Dann würde die Belastung für uns auf mehr als 160.000 Euro steigen“, rechnet der Firmenchef vor. „Energieintensive Unternehmen wie wir haben überhaupt keine Planungssicherheit mehr.“ Es sei unmöglich, die höheren Kosten auf die Kunden abzuwälzen. „Die hätten dafür absolut kein Verständnis“, sagt Drechsel mit Blick auf den scharfen Wettbewerb in seiner Branche.

Aufgrund all der Widrigkeiten schlägt das Unternehmen nun eine härtere Gangart an. Seit März zahlt der Betrieb, der Gewebe, Gewirke und Vliesstoffe für textilen Sonnenschutz, Heim- und Haustextilien, Möbelstoffe und technische Textilien veredelt, keine EEG-Umlage mehr. Die erste Mahnung vom Energieversorger – den Stadtwerken Bochum – ist schon eingegangen. Die Selber Energie-Rebellen haben Mitstreiter, denn auch die Spinnweberei Uthingen in Baden-Württemberg und Vowalon im sächsischen Treuen



138 Mitarbeiter beschäftigt die Selber Firma Textilveredlung Drechsel.

Fotos: Will



Bernd Drechsel (links), geschäftsführender Gesellschafter der Textilveredlung Drechsel GmbH, im Gespräch mit Dr. Christoph Schäfer, Leiter des Referats Recht und Steuern im Gesamtverband Textil + Mode.

weigern sich dem Gesamtverband Textil + Mode zufolge, die EEG-Umlage zu zahlen.

Mit Unterstützung des Gesamtverbands will Drechsel ein Musterverfahren vor Gericht in Gang setzen. Bernd Drechsel zeigt sich entschlossen. „Wir sind bereit zu kämpfen und die Sache notfalls bis vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zu bringen.“

Die Selber Textilfirma, die aktuell 138 Mitarbeiter beschäftigt, beruft sich auf ein Gutachten von Professor Gerrit Manssen von der Universität Regensburg. Der Staatsrechtler kommt zu dem Ergebnis, dass die

EEG-Umlage gegen die Verfassung verstößt (siehe Artikel unten). Die Kostenabwälzung des EEG stellt nach seiner Ansicht eine Sonderabgabe dar, die in allen Punkten mit dem früheren „Kohlepfennig“ vergleichbar sei. Der vom Stromverbraucher zu zahlende „Kohlepfennig“ zur Subventionierung des deutschen Steinkohlebergbaus war 1994 vom Bundesverfassungsgericht verboten worden.

Dr. Christoph Schäfer, Leiter des Referats Recht und Steuern im Gesamtverband Textil + Mode, betont, dass seine Branche die Energiewende nicht grundsätzlich „in Frage stel-

Zeil fordert Preisbremse für Strom

München – Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil, FDP, fordert angesichts kräftig steigender Stromkosten eine Preisbremse, um Verbraucher und Unternehmen zu entlasten. Dazu solle die Stromsteuer umgebaut und flexibel gestaltet werden, teilte Zeil am Mittwoch in München mit. Die Steuer solle bei steigenden Kosten durch den Ausbau erneuerbarer Energien entsprechend sinken und so den Preisanstieg dämpfen. „Wie bei einer Waage können so die Belastungen für Unternehmen und Verbraucher zumindest annähernd ausgeglichen werden“, sagte Zeil. Privathaushalte, aber vor allem energieintensive Industrien litten bereits unter den stetig kletternden Energiekosten. „Durch die sehr hohen Kosten der politisch überhastet eingeleiteten Energiewende dürfte es noch schlimmer kommen“, heißt es in der Mitteilung weiter. „Bis 2022 könnten die Strompreise nach Ansicht von Fachleuten noch einmal um bis zu 70 Prozent steigen“, warnt Zeil. Schuld seien die enormen Kosten für den Ausbau der Windkraft aber auch der Leitungsnetze, um den Strom transportieren zu können.



Minister Zeil

Für Haushaltshoheit der Krankenkassen

Passau – Der Vizechef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Max Straubinger, lehnt einen gesetzlichen Zwang zur Ausschüttung der Krankenkassen-Überschüsse an die Versicherten ab. Die Kassen hätten schließlich genehmigte Haushaltspläne, sagte der niederbayerische CSU-Politiker der Passauer Neuen Presse. „Wenn wir den Kassen die Haushaltshoheit wegnehmen, können wir sie gleich verstaatlichen“, warnte er vor Eingriffen in die Autonomie. Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr, FDP, könne ja den Beitragssatz von 15,5 Prozent senken. Bahr drängt die Krankenkassen, ihre Überschüsse den Versicherten in Form von Prämien zurückzahlen.

Verwaltung für Schifffahrt wechselt

Erfurt – Thüringen ordnet seine Schifffahrtsverwaltung neu. Dazu beschloss das Kabinett jetzt eine Verordnung. Unter anderem soll die zuständige Verwaltung vom Verkehrsministerium ins Landesverwaltungsamt umgliedert werden, wie das Ministerium mitteilte. Darüber hinaus seien Normen im Bereich der Sportboote abgebaut worden. Ferner soll für gewerblich tätige Wasser-sportunternehmen der Verwaltungsaufwand vermindert werden. So unterliegen sie mit ihren Sportbooten fortan den allgemeinen Regeln des Thüringer Wassergesetzes und nicht länger der Schifffahrtsverordnung. Zuständig seien dann die unteren Wasserbehörden der Landkreise und der kreisfreien Städte.

Gutachter hält Umlage für verfassungswidrig

Von Matthias Will

Hof/Regensburg – Die EEG-Umlage verstößt gegen die Verfassung. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten, das der Staatsrechtler Professor Gerrit Manssen im Auftrag des Gesamtverbands Textil + Mode erstellt hat. Nach Auffassung Manssens, der Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Verwaltungsrecht an der Universität Regensburg lehrt, ist die EEG-Umlage eine unzulässige Sonderabgabe. Sie fließe am Bundeshaushalt vorbei und stelle damit die Verfassung in Frage. Zudem gefährde sie das Budget-Recht des Parlaments. Die Förderung des Ökostrom ist dem Gutachten zufolge eine Gemeinwohlauflage, die mit Steuer-

mitteln zu finanzieren ist und nicht als Sonderlast allein den Stromverbrauchern aufgebürdet werden darf.

Die Abkürzung EEG steht für das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das die Energieerzeugung aus regenerativen Quellen, etwa Wind- und Wasserkraft oder Biomasse, fördern soll. Die Betreiber von derartigen Anlagen und Kraftwerken erhalten im Rahmen des EEG für ihre erzeugte Energie eine feste Vergütung, die über dem Marktpreis liegt. Die Mehrkosten werden über die zwischengeschalteten Energieversorger und Übertragungsnetzbetreiber wiederum in



Gerrit Manssen

Form der EEG-Umlage auf den Endverbraucher umgewälzt. Das Volumen der EEG-Umlage beträgt laut Gesamtverband Textil + Mode 2012 voraussichtlich rund 14 Milliarden Euro. Professor Gerrit Manssen verweist bei der Einstufung der EEG-Umlage als unzulässige Sonderabgabe auf die „Kohlepfennig-Entscheidung“ des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1994. Damals hatten die Verfassungsrichter die Verpflichtung der Stromkunden, mit dem Strompreis eine Subvention für die deutsche Steinkohleförderung zu zahlen, für verfassungswidrig erklärt.

Xaver Aschenbrenner, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Verbands der Bayerischen Textil- und Bekleidungsindustrie, bezeichnete Manssen in einer Pressekonferenz am Mittwoch in Selb als „anerkannte Kapazität“. Er, Aschenbrenner, sei zuversichtlich, dass die in dem Gutachten dargelegten Argumente auch von den Gerichten anerkannt würden. Einige Textilunternehmen haben die Zahlung der EEG-Umlage bereits verweigert, um ein Musterverfahren in Gang zu setzen.

Dr. Wolf-Rüdiger Baumann, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbands Textil + Mode, sagte laut einer Mitteilung: „Wir hoffen sehr, dass sich die Bundesregierung schnell vom EEG verabschiedet.“

Inflationsrate bei 2,3 Prozent

München – Die Inflationsrate in Bayern ist im Mai auf 2,3 Prozent gestiegen. Größter Preistreiber waren Öl, Gas und Strom. Wie das Statistische Landesamt in München mitteilte, war Heizöl 9,2 Prozent teurer als vor einem Jahr, Haushaltsenergie insgesamt 5,4 Prozent. Für Pauschalreisen mussten die Verbraucher 9,0 Prozent mehr ausgeben, für Alkohol und Tabak 4,2 Prozent mehr, Kleidung und Schule kosteten 3,3 Prozent mehr. Auf der anderen Seite wurden Obst, Gemüse und frischer Fisch deutlich billiger – die Preise sanken binnen Jahresfrist um 3,5 Prozent. Auch Telefon und Internet wurden günstiger. Im April waren die Verbraucherpreise um 2,2 Prozent gestiegen.